

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

1. Die auswärtige Politik im Jahre 1912

[urn:nbn:de:bsz:31-244622](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-244622)



## 1. Die auswärtige Politik im Jahre 1912.

Als bald nach Zusammentritt des Reichstages benutzte der Reichskanzler die erste Lesung des Etats (2. Dezember 1912), um über die internationale Krisis, hervorgerufen durch den Balkankrieg, Auskunft zu geben; er nahm für die deutsche Regierung mit das Verdienst in Anspruch, daß es ihr gelungen sei, den Krieg zu lokalisieren.

„Natürlich werden die Ansprüche der Mächte im einzelnen erst dann endgültig festgestellt und bekannt gegeben werden können, wenn die Stipulationen vorliegen, welche die kriegsführenden Mächte unter sich getroffen haben werden. Dann wird zu prüfen sein, inwieweit sie in die Interessensphären der anderen Mächte eingreifen. Sollten sich dabei, was wir nicht hoffen, unlösbare Gegensätze ergeben, so wird es Sache der im Einzelfall direkt interessierten Mächte sein, ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen. Das gilt auch von unserer Bundesgenossen. Wenn sie aber bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider alles Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten, dann würden wir, unserer Bündnispflicht getreu, fest und entschlossen an ihre Seite zu treten haben, (lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen), dann würden wir an der Seite unserer Verbündeten zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung der Sicherheit und Zukunft unseres eigenen Landes fechten. (Bravo! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Ich bin fest überzeugt, daß wir bei einer solchen Politik das ganze Volk hinter uns haben werden.“ (Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) (St. B. S. 2472)

Staatssekretär von K i d e r l e n - W a e c h t e r fügte noch bei:

„Der Herr Abgeordnete hat sodann die Kaiserliche Regierung ermahnt, ihre Beziehungen zu England zu bessern, und hat ihr dabei den Vorwurf gemacht, einen Zwist mit England zu nähren. Diese Äußerungen sind mir ein willkommenener Anlaß, hier auszusprechen, daß während der ganzen letzten Krisis unsere Beziehungen speziell zu England besonders vertrauensvoll waren. (Hört! hört! rechts. — Bravo!). Die offen und von vollem Vertrauen getragenen Aussprachen zwischen London und uns während aller Phasen dieser Krisis haben nicht nur eine erfreuliche Intimität unserer Beziehungen hervorgerufen, sondern sie haben auch einer Verständigung aller Mächte gute Dienste geleistet. (Bravo!). Ich will die Erwartung aussprechen, daß sie dies auch weiterhin tun werden.“

(St. B. S. 2487)

Während der Beratung des Marineetats gab dann Staatssekretär von Tirpitz die Erklärung ab, daß er die von Lloyd Churchill zuerst genannte Formel für die deutsch-englischen Seestreitkräfte von 10 : 16 für annehmbar halte. Staatssekretär von Jagow akzeptierte sie vom politischen Standpunkt aus. Später kam Minister Churchill mit seinem Vorschlag des „Ferienjahres“ im Flottenbau und schließlich stellte er unvermutet die drei kanadischen Schlachtschiffe mit in die Rechnung ein.

Das Zentrum billigte im allgemeinen die auswärtige Politik des Reichskanzlers. Abg. Dr. Spahn trat mit aller Entschiedenheit für die Wahrung der Bündnistreue gegen Oesterreich ein. Fürst zu Löwenstein fügte am 14. April 1913 bei:

„Das Bündnis zwischen Deutschland und der österreichisch-ungarischen Monarchie ist nicht, wie andere, ein Produkt augenblicklicher politischer Zweckmäßigkeitserwägungen. Völker, die durch Jahrhunderte unter einem Zepter vereint waren, die durch Jahrhunderte eins waren in ihrer geschichtlichen und kulturellen Entwicklung, können nicht durch vorübergehende politische Ereignisse dauernd auseinandergerissen werden. Ein Kampf um die Hegemonie in dem Riesenreich, das sich damals vom Eisernen Tor bis zur Rheinmündung erstreckte, war möglich; der Siebenjährige Krieg und der diplomatische Kampf des neunzehnten Jahrhunderts haben ihr gegolten. Die blutige Entscheidung von 1866 hat die staatsrechtliche Teilung gebracht. Aber als der Kampf ausgefochten war, der vom Sieger wie vom Besiegten als trauriger Bruderkampf schmerzlich empfunden worden war, da haben sich die Völker — nicht nur deren germanische Teile — wiedergefunden als geborene Bundesgenossen. Und ich habe den Eindruck, daß, je weiter der erste Abschluß des Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn hinter uns zurückliegt, desto fester der Zement wird, der uns eint. Das hat sich ja auch in den Monaten erwiesen, die hinter uns liegen.“

Abg. Erzberger leitete zu dem Antrag des Zentrums zur Auswahl der Diplomaten über durch den Satz:

„Falsche Maßnahmen auf dem Gebiete des Auswärtigen Amtes können sich jedes Jahr in einer neuen Wehrvorlage, in einer neuen Flottenvorlage präsentieren. (Erneute Zustimmung.) Darum ist auch für den Reichstag, von diesem Gesichtspunkt betrachtet, kein Etat so wichtig wie der Etat des Auswärtigen Amtes.“

(139. Sitzung vom 14. April 1913 St. B. S. 4754)

Zm Anschluß daran brachte das Zentrum den Antrag ein:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, durch welche der Zugang zum diplomatischen Dienst den Befähigten, ohne Rücksicht auf ihre Vermögensverhältnisse, ermöglicht wird.

Alle Parteien stimmten dem Antrage zu. Gerade die neue Militärvorlage hat die Wichtigkeit des diplomatischen Dienstes klar erkennen lassen.

## 2. Der Inhalt der neuen Militärvorlage.

Als die ersten Meldungen über eine neue Militärvorlage auftauchten, konnte man nicht an die Richtigkeit derselben glauben, da in den Jahren 1911 und 1912 große Heeresvermehrungen bewilligt worden waren, die noch nicht einmal alle in der Armee durchgeführt waren. Man kannte in der Öffentlichkeit auch nicht die wahren Ursachen der neuen Vermehrung. Durch die gesamte internationale Gestaltung aber wurde im deutschen Volke ein wesentlicher Umschwung herbeigeführt; Kreise, die anfangs ganz abseits standen, wurden von der Notwendigkeit der neuen Vorlage überzeugt. Nur die Sozialdemokratie hatte weiter ihr Nein!

Die Vorlage schlug vor, die Präsenzstärke von 544 211 auf 661 176 Mann zu erhöhen und folgende Formationen zu bilden:

bei der Infanterie . . . . .	statt 651	669	Bataillone,
" " Kavallerie . . . . .	" 516	550	Eskadrons,
" " Fußartillerie . . . . .	" 48	55	Bataillone,
" den Pionieren . . . . .	" 33	44	"
" " Verkehrsgruppen . . . . .	" 18	31	"
" dem Train . . . . .	" 25	26	"

Bei der Feldartillerie war eine Vermehrung der Batterien (633) nicht vorgeschlagen, wohl aber die Bespannung sämtlicher Geschütze. Die gesamte Vermehrung betrug 4000 Offiziere, 15 000 Unteroffiziere, 117 000 Gemeine und 27 000 Pferde. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 183 Millionen fortdauernde Ausgaben und 884 Millionen einmalige Ausgaben.

Von den einmaligen Ausgaben für Preußen, Sachsen und Württemberg entfallen auf

	Millionen Mark
Magazinverwaltung . . . . .	28
Bekleidung und Ausrüstung . . . . .	38
Unterkunft . . . . .	230
Truppenübungsplätze und Schießstände . . . . .	46
Medizinalwesen . . . . .	14
Trainwesen (Feldküchen usw.) . . . . .	14
Pferdebeschaffung usw. . . . .	31
Artillerie- und Waffenwesen . . . . .	71
Ingenieur-, Pionier- und Verkehrsweisen . . . . .	29
Luftfahrwesen . . . . .	79